



**SVPW
ASSP**

Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Association Suisse de Science Politique
Swiss Political Science Association



Supported by the Swiss Academy
of Humanities and Social Sciences
www.sagw.ch

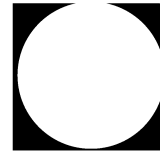


D

V

P

W



Call for Papers für die Dreiländertagung von SVPW, DVPW und ÖGPW Universität Basel, 13./14. Januar 2011

Thema „Politische Integration“

Für die Dreiländertagung 2011 wird ein gemeinsamer Call for Papers für alle Panels ausgeschrieben. Sie finden auf Seite 3 die Liste der Panels.

Personen welche an einem Panel teilnehmen möchten, sollen Ihren Abstract (max. 500 Wörter) bis am **15. September 2010** einsenden. Der gleiche Abstract kann in maximal 3 Panels eingereicht werden.

Eine Webseite für das Einreichen der Abstracts wird für alle Panels zur Verfügung gestellt. Das heisst, dass Sie Ihre Abstractvorschläge nicht an die Verantwortlichen der Panels senden müssen. Die entsprechende Webseite wird ab Anfang Juli zur Verfügung stehen (Adresse: dreilaendertagung.unibas.ch).

Folgende Fristen gelten für den Kongress:

- Online Einsenden der Abstracts: Ab Anfang Juli
- Einreichfrist für die Abstracts: 15.09.2010
- Benachrichtigung der Autoren über die Annahme/Ablehnung des Abstracts: Mitte Oktober
- Anmeldeschluss für die Tagung: 30.11.2010
- Einreichfrist für den Beitrag: 15.12.2010

Mit freundlichen Grüßen

Simon Hug, Präsident der SVPW



**SVPW
ASSP**

Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Association Suisse de Science Politique
Swiss Political Science Association



Supported by the Swiss Academy
of Humanities and Social Sciences
www.sagw.ch

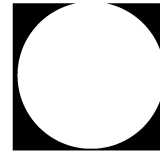


D

V

P

W



**Appel à contributions pour le Congrès des trois pays
de l'ASSP, DVPW et ÖGPW
Université de Bâle, 13 et 14 janvier 2011**

Thème „Intégration politique“

Pour le congrès des trois pays 2011, un appel à contributions commun a été rédigé pour tous les panels. Vous trouvez la liste des panels en page 3.

Les personnes qui souhaitent participer à un panel doivent envoyer leur abstract (max. 500 mots) jusqu'au **15 septembre 2010**. Le même abstract peut être soumis à trois panels maximum.

Un site Internet pour l'envoi des abstracts sera à disposition pour tous les panels. Cela signifie que vous ne devez pas envoyer vos propositions d'abstracts aux responsables de panels. Ce site Internet sera mis à disposition dès début juillet (Adresse: dreilaendertagung.unibas.ch).

Les délais pour le congrès sont les suivants:

- Envoi en ligne des abstracts: dès début juillet
- Délai de soumission des abstracts: 15.09.2010
- Notification aux auteurs sur l'acceptation/refus des propositions: Mi-octobre
- Délai d'inscription pour le congrès: 30.11.2010
- Délai d'envoi de la contribution finale: 15.12.2010

Meilleures salutations

Simon Hug, Président de l'ASSP

Liste der Panels

P1. Die Politisierung Europas. Konflikte um den EU-Integrationsprozess	4
P2. Regionale Integration durch Handelsabkommen: Prozesse, Design und Auswirkungen	5
P3. Die „Integration durch Recht“ als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung	6
P4. Integration, Cooperation, and the Environment.....	7
P5. „Politisch integrierende Institutionen im (sub)nationalen Vergleich“	8
P6. Leistungen, Grenzen und Kosten politischer Integration in den Regierungssystemen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz.....	9
P7. Politische Integration von ethnischen Minderheiten	10
P8. Repräsentation regionaler Interessen in Parteien, Parlamenten und Regierungen	11
P9. Soziale und politische Integration in Zeiten neuer sozialer Risiken. Determinanten, Politik, Konsequenzen	12
P10. Bürger und nationale Regierungen in der Europäischen Union: Öffentliche Meinung, Regierungspräferenzen, Wahlen und Referenden	13
P11. Was integriert (noch)? Parteien und ihre gesellschaftliche Verankerung im 21. Jahrhundert	14
P12. Integration und Demokratie	15
P13. Migration und Integration: Inklusions-/Exklusionspolitiken	17
P14. Politische Integration von Wirtschaftsakteuren in Global Governance.....	18
P15. „Die Governance der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik“	19
P16. „Inequality and Representation in Europe“	20
P17. Blame avoidance, blame sharing und die Reaktion der Wähler auf sozialpolitische Reformen	22
P18. Politische Integration, Arbeitslosigkeit und Prekariat.....	24
P19. Integrating the (Rebel) Margins. War, peace and the making of statehood in Africa	25
P20. "Legitimationspraktiken als Integrationspolitik"	26
P21. Politische Partizipation jenseits der Konventionen.....	27
P22. Demokratie im europäischenIntegrationsprozess	28

P1. Die Politisierung Europas. Konflikte um den EU-Integrationsprozess

Organisatoren

Martin Dolezal, Universität Wien, Institut für Staatswissenschaft, martin.dolezal@univie.ac.at

Swen Hutter, LMU-München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, hutter@lrz.uni-muenchen.de

Simon Maag, Universität Zürich, Institut für Politikwissenschaft, maag@ipz.uzh.ch

Beschreibung

Die weitreichenden Integrationsschritte der vergangenen zwanzig Jahre sowie die vollzogene und geplante Aufnahme vieler neuer Mitglieder haben die politische Basis des EU-Integrationsprozesses grundlegend verändert. Eine zunehmend öffentlich ausgetragene, polarisierte Auseinandersetzung über den Integrationsprozess, nicht mehr der stillschweigende Elitenkonsens, scheint dessen weiteren Fortgang zu bestimmen. Träger dieser Auseinandersetzung sind nicht nur Parteien, auch andere politische Akteure wie Interessensorganisationen und soziale Bewegungen äußern dabei ihre Forderungen und Visionen. Aufgrund dieser Entwicklung nimmt das Konzept der *Politisierung* eine zentrale Rolle in der aktuellen Europaforschung ein, die von einer Schwerpunktverlagerung der Analyse weg von institutionellen (*polity*) und *policy*-orientierten Fragen hin zur *politics*-Dimension der Integration geprägt ist.

Der geplante Workshop beschäftigt sich mit gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen regionaler Integration und knüpft somit an zwei der drei zentralen Perspektiven der Tagung an, wobei wir unter anderem an folgenden Fragestellungen interessiert sind: Lassen sich neue Gruppen von Verlierern und Gewinnern der Integration identifizieren? Wann setzt der Politisierungsprozess ein und gibt es dabei unterschiedliche Muster im Ländervergleich? Papiere können sich diesen Fragen sowohl empirisch-analytisch als auch in normativer Perspektive zuwenden, wobei wir bei letzterer etwa an die Folgen für die Qualität demokratischen Regierens denken.

P2. Regionale Integration durch Handelsabkommen: Prozesse, Design und Auswirkungen

Organisatoren

Andreas Dür, Universität Salzburg, Abteilung Politikwissenschaft,
Andreas.Duer@sbg.ac.at

Manfred Elsig, Universität Bern/World Trade Institute, Manfred.Elsig@wti.org

Beschreibung

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Anzahl der Handelsabkommen zwischen Staaten stark angestiegen. Es gibt kaum einen Staat, der in den letzten Jahren nicht mindestens ein Handelsabkommen unterzeichnet hat. Diese Aussage gilt nicht nur für die wirtschaftlich stark entwickelten Länder in Europa und Nordamerika sondern auch für Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika mit ganz unterschiedlichen Entwicklungsniveaus. Dieser Prozess, der als „neuer Regionalismus“ bekannt ist, ist gleichzeitig Ausdruck und Triebfeder politischer und wirtschaftlicher Integration. Der Grad der Integration, der durch diese Abkommen erzielt wird, ist beträchtlich, da viele der neuen Abkommen sehr weitreichend sind und nicht nur Handelsschranken an der Grenze, sondern auch Themen wie ausländische Direktinvestitionen, geistige Eigentumsrechte, Wettbewerb, Dienstleistungen, und eine Vielzahl von politischen Anliegen behandeln.

Dieser Workshop zum Thema regionale Integration durch Handelsabkommen beschäftigt sich mit den Gründen für, und dem Design und den Auswirkungen (für das Welthandelssystem, internationale Politik usw.) von Handelsabkommen. Diese Fragen können anhand von Einzelfallstudien zu bestimmten Handelsabkommen, wie NAFTA, MERCOSUR, EU-Korea oder ASEAN-China, behandelt werden. Von besonderem Interesse sind jedoch Studien, die einen Vergleich über Themen, Regionen, Akteure und/oder die Zeit anstellen. Unser Workshop ist offen für Forscherinnen und Forscher mit unterschiedlichen theoretischen und methodischen Ansätzen.

P3. Die „Integration durch Recht“ als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung

Gemeinsames Teilpanel der Sektion „Europaforschung“ der ÖGPW und der Sektion „Politische Ökonomie“ der DVPW

Organisatoren

PD Dr. Martin Höpner, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, hoepner@mpifg.de

Prof. Dr. Gerda Falkner, Universität Wien und Österreichische Akademie der Wissenschaften

Korrespondenzadresse: Höpner

Beschreibung

In den vergangenen Jahren hat eine Serie kontroverser Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) der europäischen Rechtsprechung eine neue Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen. Beispiele hierfür sind die Urteile zum transnationalen Zugang zu österreichischen Hochschulen, zur Ausübung des Streikrechts als potenzieller Behinderung der Dienstleistungsfreiheit, zum transnationalen Zugang zu den Gesundheits- und Sozialsystemen der Mitgliedstaaten, zu den Steuervermeidungsstrategien transnationaler Konzerne und zum Schutz vor Diskriminierung aus Gründen des Alters oder des Geschlechts. Auch das Lissabon-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts hat verdeutlicht, dass Integrationspolitik auch in der rechtlichen Sphäre betrieben wird und dass deren Dynamiken einer eigenständigen Analyse bedürfen. Vor diesem Hintergrund laden die veranstaltenden Sektionen zu einem Teilpanel, das sich den Determinanten, der Legitimität, den Dynamiken und den Auswirkungen der „Integration durch Recht“ sowie der Umsetzung des europäischen Rechts in den nationalen Rechtsordnungen widmet. Erwünscht sind zudem auch Papiere, die sich mit dem Stellenwert der „Integration durch Recht“ in politikwissenschaftlichen Integrationstheorien auseinandersetzen, vergleichende Studien, die beispielsweise die institutionellen Grundlagen der europäischen „Integration durch Recht“ mit den Verfassungsgerichtsbarkeiten von Ländern inner- und außerhalb Europas vergleichen, und methodenzentrierte Papiere.

P4. Integration, Cooperation, and the Environment

Organisatoren

Liliana Andonova, Graduate Institute Geneva, liliana.andonova@graduateinstitute.ch

Michael Bechtel, ETH Zurich, bechtel@ir.gess.ethz.ch

Thomas Bernauer, ETH Zurich, thbe0520@ethz.ch

Katharina Michaelowa, University of Zurich, katja.michaelowa@pw.uzh.ch

Beschreibung

Environmental problems seldom stop at national borders. This is why environmental challenges require transboundary cooperation. Transboundary cooperation comes in various forms. Typically, international agreements form the basis for cooperation in the field of global environmental policies. However, environmental issues may also be addressed within a more fundamentally integrationist framework, as the European Union and its policies towards membership candidates demonstrate. While these interactions take place at the international level, local governments have in fact begun to duplicate these international efforts by initiating transnational environmental cooperation. Salient examples include the Cities for Climate Protection Campaign and the Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership. Increasingly, non-governmental organizations participate in international environmental negotiations, which some view as strengthening the role of civil society in global environmental policy making. Also, the connection between trade and the environment induces policymakers to put environmental policies on the agenda when negotiating trade agreements.

The panel is jointly organized by the SVPW working group "Development and Environment" and the DVPW Political Economy Section. It welcomes papers that analyze the relationships between various forms of cooperation, integration, and the environment. This includes, but is not restricted to, studies that deal with the effects of international, transnational, or regional cooperation on environmental policies and outcomes. The panel is open to theoretical and empirical contributions.

P5. „Politisch integrierende Institutionen im (sub)nationalen Vergleich“

Organisatoren

Prof. Dr. Markus Freitag, Universität Konstanz, markus.freitag@uni-konstanz.de

Prof. Dr. Adrian Vatter, Universität Bern, adrian.vatter@ipw.unibe.ch

Beschreibung

Im Mittelpunkt des Workshops steht die Analyse der Entstehungsbedingungen, Interaktionen und Wirkungen politisch integrierender Institutionen in vergleichender Perspektive. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Wirkungszusammenhänge politisch integrierender Institutionen auf subnationaler Ebene in den drei föderalen Staaten Deutschland, Österreich und Schweiz gelegt werden. Unter politisch integrierenden Institutionen werden dabei diejenigen (formalen und informellen) Regelwerke verstanden, die aufgrund ihrer Eigenschaften die Mitwirkung und Teilhabe politischer Akteure auf horizontaler und vertikaler Ebene fördern wie z.B. Konkordanz, Föderalismus/ Dezentralisierung, proportionale Wahlsysteme und Formen der direkten Demokratie. Neben Beiträgen, die sich aus einer sub- oder international vergleichenden Perspektive mit den Entstehungsgründen, Wechselwirkungen oder Folgen politisch integrierender Institutionen beschäftigen, sind darüber hinaus auch Forschungen erwünscht, die sich aus einer (sub)national vergleichenden Sichtweise mit einzelnen Politikfeldern politischer Integration und Toleranz im Sinne der gesellschaftlichen Integration von Minderheiten beschäftigen (z.B. Ausländer-, Migrationspolitik).

P6. Leistungen, Grenzen und Kosten politischer Integration in den Regierungssystemen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz

Organisatoren

Prof. Dr. Ludger Helms, Universität Innsbruck, ludger.helms@uibk.ac.at

Dr. des. Stefan Köppl, Akademie für Politische Bildung Tutzing, s.koeppel@apb-tutzing.de

Prof. Dr. Uwe Kranenpohl, Evangelische Hochschule Nürnberg, uwe.kranenpohl@evhn.de

Beschreibung

Die (zumindest mehrheitlich) deutschsprachigen politischen Systeme Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zeichnen sich in vergleichender Perspektive traditionell durch ihren Charakter als „compound polities“ und ausgeprägte konsensdemokratische Strukturkomponenten aus. Allerdings sind in allen drei Ländern in den letzten Jahrzehnten deutliche Tendenzen zu beobachten, mehrheitsdemokratische Elemente zu stärken. Dieser Trend umfasst sowohl Veränderungen der grundlegenden Systemarchitektur (wie einzelner Komponenten der bundesstaatlichen Struktur oder des Interessenvermittlungssystems) als auch Veränderungen des politischen Stils von Akteuren. Auch innerhalb der Politikwissenschaft haben Stimmen an Bedeutung gewonnen, die für eine weitere Stärkung mehrheitsdemokratischer Aspekte eintreten (so etwa in der deutschen und österreichischen Wahlsystemreformdiskussion).

Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen dieses Panels den Ursachen und Auswirkungen dieser Dynamik nachgegangen werden, unter anderem entlang der folgenden Leitfragen:

- Worin bestanden und bestehen die spezifischen Integrationsleistungen der drei Systeme? Gibt es dabei spezifische politisch-soziale Asymmetrien oder gar „weiße Flecken“ der Integration?
- Worin bestehen die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kosten der weitreichenden Integration? Haben sich Kosten-Nutzen-Relationen im Zeitverlauf verändert?
- Sind die unterschiedlichen Versuche, die Entscheidungsprozesse „mehrheitsdemokratischer“ zu gestalten, Teil eines generellen Trends oder sind sie in jedem Kontext spezifisch zu begründen?
- Wie hat die Konjunktur „mehrheitsdemokratischer Lesarten“ von Politik die politische Rhetorik in den drei Ländern verändert?
- Welchen Anteil an der schleichenden Systemtransformation haben Prozesse der Internationalisierung und Globalisierung? Und inwiefern bleiben spezifische historisch begründete Potentiale der politisch-sozialen Integration und des Interessenausgleichs intakt?

Besonders willkommen sind Vergleichsstudien über die drei Systeme. Aber auch komparative Untersuchungen, die weitere Länder vergleichend einbeziehen sowie Einzelfallstudien sind willkommen.

P7. Politische Integration von ethnischen Minderheiten

Organisatoren

Thomas Burri, Universität Zürich, Ludwig-Maximilians-Universität München, tombez@gmx.ch, mail.thomas.burri@gmail.com

Alice Engl, Europäische Akademie Bozen, Italien, alice.engl@eurac.edu

Emma Lantschner, Universität Graz, emma.lantschner@uni-graz.at

Beschreibung

In diesem Workshop werden unterschiedliche Möglichkeiten der politischen Integration von ethnischen Minderheiten zur Diskussion gestellt. Die drei großen Themenkreise sind dabei 1) *Autonomie* in seiner funktionalen Ausprägung, welche die „negative“ politische Integration im Sinne der Gestaltung eines Freiraums für Eigenheiten einer Minderheit in den Vordergrund stellt, 2) politische Beteiligung durch das Design eines *minderheitenfreundlichen Wahlrechts* und 3) *neue Instrumente der EU und des Europarats* zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Von erprobten (und teilweise auch umstrittenen) bis hin zu noch weitgehend unerforschten Mechanismen, spannt dieser Workshop einen weiten Bogen zwischen alten und neuen Möglichkeiten, die politische Integration von Minderheiten in staatlichen Gebilden zu erreichen.

Zwar ist die „positive“ Integration, also die Verzahnung mit der Gesellschaft und dem Staat als Ganzen, immer auch ein Teil der Autonomie, doch liegt der Fokus primär darauf, Freiräume für die Minderheit zu schneiden. Nach welchem Plan man diesen Freiraum schneidert hängt weniger von herkömmlichen Begriffsmodellen ab (Territorial- oder Personalautonomie) als von den *Problemen und Konflikten*, gegen welche Autonomie antritt. Deren Vielfalt spiegelt sich in der Diversität der Autonomien. Die „negative“ Integration soll daher anhand verschiedener Fallbeispiele diskutiert werden. Autonomie ist jedoch längst nicht die einzige Möglichkeit, ethnischen Minderheiten die politische Partizipation zu gewährleisten. Ein politisches System, inklusive des Wahlmodus kann so ausgestaltet sein, dass er die Repräsentation von Minderheiten in gewählten Organen erleichtert, wenn nicht gar garantiert. Papers in diesem Bereich beschäftigen sich mit den praktischen Auswirkungen, die solche Modi auf die tatsächliche politische Teilhabe von Minderheiten und den politischen Diskurs in einem Land haben und zeigen auch andere mögliche Mechanismen auf, welche die effektive politische Teilhabe von Minderheiten ermöglichen. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften hat sich als Mechanismus zur Integration von Grenzregionen bewährt. Darüber hinaus stellt sie für nationale Minderheiten eine Möglichkeit dar, um grenzüberschreitende Kontakte aufrecht zu erhalten und zu fördern. Mögliche Formen einer solchen Zusammenarbeit bieten insbesondere das 3. Zusatzprotokoll zur Madrider Konvention des Europarats und die EU Verordnung über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit. Grenzübergreifender Kooperationsverbände können über die Realisierung konkreter Projekte letztendlich zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Integration von Minderheiten beitragen und letztere mit benachbarten Staaten bzw. Regionen wieder stärker in Verbindung bringen, ohne staatliche Grenzen zu hinterfragen. Eingereichte Papers beschäftigen sich mit der Errichtung solcher Vereinigungen vor dem Hintergrund ethnisch-kulturell vielfältiger Grenzregionen.

P8. Repräsentation regionaler Interessen in Parteien, Parlamenten und Regierungen

Organisatoren

Marc Debus, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, marc.debus@mzes.uni-mannheim.de

Jochen Müller, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, jochen.mueller@mzes.uni-mannheim.de

Nathalie Giger, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern, nathalie.giger@ipw.unibe.ch

Beschreibung

Im Workshop sollen Muster des politischen Wettbewerbs sowie des Regierens in politischen Systemen, die durch eine Existenz von mehreren, mit spezifischen Kompetenzen ausgestatteten Ebenen charakterisiert sind, untersucht werden. Im Mittelpunkt soll dabei insbesondere die Frage stehen, inwieweit unterschiedliche institutionelle Arrangements die Kongruenz der Interessen von Bevölkerung und politischen Akteuren fördern oder dieser entgegenstehen.

Aus normativer Sicht ist es zentrales Merkmal demokratischer Systeme, dass sich die Präferenzen der Bevölkerung in dem wiederfinden, was die politische Elite an politischen Inhalten formuliert und was schließlich in Form staatlichen Handelns umgesetzt wird. Unabhängig davon, ob diese Repräsentation der Interessen auf nationaler Ebene und deren Akteure zutrifft, ist es besonders fraglich, inwieweit sich demokratietheoretische Überlegungen zum politischen Wettbewerb auf die regionale Ebene übertragen lassen. Ein Grund hierfür ist, dass das Handeln regionaler Akteure von einem Spannungsverhältnis zwischen zwei Rollen geprägt ist, aus denen sich unterschiedliche Bezugspunkte ergeben: Parteien, Fraktionen und Regierungsparteien sind zum einen auf Ebene der Gliedstaaten konstituiert, was bedeutet, dass ihre Wähler und Mitglieder – ebenso die Themen mit denen sie sich konfrontiert sehen – dem subnationalen Kontext entstammen. Sie unterliegen zum anderen aber auch Zwängen, die sich aus der Mehrebenenstruktur ergeben. Der Frage nach der Repräsentation regionaler Interessen kommt – vor dem Hintergrund von Globalisierung, fortschreitender europäischer Integration und Dezentralisierung in ehemals zentralistischen Staaten – eine immer größer werdende Bedeutung in der vergleichenden Politikwissenschaft zu.

Im Workshop besonders willkommen sind Papiere, die sich mit den folgenden Fragen beschäftigen: 1. Wie werden die Interessen der Bürger auf regionaler Ebene vertreten? 2. Spiegeln sich in Wahlprogrammen, im Abstimmungsverhalten von Parlamentsabgeordneten und dem Handeln von (Koalitions-)Regierungen regionale Problemlagen und spezifische Wählerinteressen wider? 3. Welche Rolle spielen inhaltliche Nähe und innerparteiliche Zwänge bei Koalitionsbildungen auf regionaler Ebene? 4. Welche Parteien und Fraktionen genießen einen größeren programmatischen Spielraum? 5. Wer kann seine Interessen bei der Formulierung von Koalitionsabkommen auf regionaler Ebene besser durchsetzen? Gewünscht sind insbesondere Arbeiten, die sich mehreren regionalen Gliederungen und/oder Staaten in vergleichender Perspektive widmen.

P9. Soziale und politische Integration in Zeiten neuer sozialer Risiken. Determinanten, Politik, Konsequenzen

Organisatoren

Silja Häusermann, Universität Zürich, Silja.haeusermann@ipz.uzh.ch

Sylvia Kritzinger, Universität Wien, Sylvia.kritzinger@univie.ac.at

Stefanie Walter, Universität Heidelberg, s.walter@uni-heidelberg.de

Beschreibung

Der Anstieg von ökonomischer Ungleichheit ist ein zunehmend zu beobachtendes Phänomen in Europa. Dieser Trend wird auf verschiedene strukturelle Ursachen wie Deindustrialisierung und die zunehmende wirtschaftliche Integration im Rahmen von Europäisierung und Globalisierung zurückgeführt, welche zu neuen soziostrukturellen Gruppen von „Verlierern“ geführt haben. Menschen mit Migrationshintergrund, schlecht qualifizierte junge und alte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Frauen im allgemeinen scheinen von neuen sozialer Risiken wie atypischer Beschäftigung, ungenügendem bzw. sich veränderndem Sozialschutz und Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Sowohl die politischen Determinanten als auch die politischen Implikationen dieser neuen sozialen Risiken und der daraus entstehenden Ungleichheit sind jedoch weitgehend unerforscht. Ziel des Workshops ist es, laufende Forschungsbestrebungen in verschiedenen politischen Teilbereichen wie der politökonomischen Forschung und der Repräsentationsforschung zu integrieren, um so zu einem besseren Verständnis der Struktur und der politischen Implikationen der neuen sozialen Risiken zu gelangen. Der vorgeschlagene Workshop soll daher diese Aspekte beleuchten und folgenden Fragen nachgehen:

1. Sozioökonomische und politische Determinanten neuer sozialer Risiken

Welche sozialen Gruppen sind vom Risiko sozialer Ausgrenzung bedroht? Inwiefern tragen Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs- und Migrationspolitik sowie deren aktuelle Reformen zur Strukturierung der neuen Ungleichheit bei? Welche politischen Determinanten erhöhen das Risiko sozialer Ausgrenzung? Welche Rolle spielen die europäischen Integrationsbestrebungen und die europäischen Institutionen bei der Entstehung neuer sozialer Risiken?

2. Politische Implikationen neuer sozialer Risiken

Sind die prekären Gruppen politisch mobilisiert, repräsentiert und in den politischen Prozess integriert? Was erklärt politische Partizipation von prekären vs. privilegierten Gruppen und wie beeinflussen diese Gruppen arbeitsmarkt-, sozial- und migrationspolitische Reformen? Inwiefern bringen Gewerkschaften und politische Parteien die Anliegen der von den neuen sozialen Risiken bedrohten Gruppe in den politischen Prozess ein? Führt die neue Ungleichheit zu einem Erstarren der Linken? Der Rechten? Extremer Parteien? Führt sie zu einer Veränderung der Formen politischer Partizipation? Zur Entwicklung von neuen Cleavages?

P10. Bürger und nationale Regierungen in der Europäischen Union: Öffentliche Meinung, Regierungspräferenzen, Wahlen und Referenden

Organisatoren

Stefanie Bailer (SVPW/DVPW), Assistenzprofessorin for Global Governance an der ETH Zürich, bailers@ethz.ch

Guido Tiemann (DVPW/ÖGPW), Assistenzprofessor am Institut für Höhere Studien (IHS) Wien, tiemann@ihs.ac.at

Andreas Wimmel (DVPW/ÖGPW), Assistenzprofessor für European Studies am Institut für Höhere Studien (IHS) Wien, wimmel@ihs.ac.at

Beschreibung

Auch nach mehr als fünfzig Jahren des europäischen Integrationsprozesses haben die meisten Bürger nach wie vor kein Vertrauensverhältnis zu den Institutionen der Europäischen Union entwickelt. Mehr und mehr Bürger assoziierten „Europa“ nicht mehr in erster Linie mit Frieden und Wohlfahrt, sondern mit umstrittenen politischen Themen wie der Aufgabe ihrer nationalen Währungen zugunsten des Euro, der Öffnung von Arbeitsmärkten, dem Abbau von Sozialstaatlichkeit oder der Verschwendung öffentlicher Mittel. Die gescheiterten Referenden und die Proteste gegen den „Europäischen Verfassungsvertrag“ in Frankreich und den Niederlanden im Mai und Juni 2005 waren die bisherigen Höhepunkte dieser Entwicklung. Ebenso variieren die Einstellungen nationaler Regierungen zur europäischen Integration stärker als zuvor, so dass regelmäßig Grundfragen der europäischen Integration und der institutionellen Ordnung der Europäischen Union mit europaskeptischen Regierungen, und damit mit potenziellen Veto-Players, zu verhandeln sind.

Vor dem Hintergrund eines vielerorts zunehmenden Euroskeptizismus in Bevölkerung und politischen Eliten möchte dieser Workshop die Einstellungen und das Wahlverhalten von Bürgern und nationalen Regierungen gegenüber den EU-Institutionen in den Blick nehmen. Wir erbitten Paper-Vorschläge für folgende Themenbereiche: (1) Öffentliche Meinung der Bürger zur europäischen Integration; (2) Wahlverhalten und Parteienwettbewerb bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie (3) bei Referenden zu Aspekten der europäischen Integration; (4) die Rolle von EU-Themen in nationalen Wahlen; 5) Einstellungen und Präferenzen nationaler Regierungen zur europäischen Integration sowie zur EU-Gesetzgebung.

Besonders willkommen sind Papiere, die empirische Ergebnisse im Länder- und/oder Zeitvergleich präsentieren, ebenso wie Beiträge, die etablierte Theorien in diesem Feld mit neuen empirischen Analysen konfrontieren.

P11. Was integriert (noch)? Parteien und ihre gesellschaftliche Verankerung im 21. Jahrhundert

Organisatoren

Antonius Liedhegener, Universität Luzern, Antonius.Liedhegener@unilu.ch

Torsten Oppelland, Friedrich-Schiller-Universität Jena, torsten.oppelland@uni-jena.de

Beschreibung

Um als Akteure der politischen und gesamtgesellschaftlichen Integration wirken zu können, sind Parteien darauf angewiesen, Zustimmung und Unterstützung in der Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit zu generieren. Die klassischen Mittel des 20. Jahrhunderts dazu waren die Politisierung gesellschaftlicher Konflikte, Ideologien bzw. Weltanschauungen und/oder der Aufbau personaler Gefolgschaften im Umfeld von Spitzenpolitikern sowie der Aufbau von Mitgliederorganisationen und professionalisierten Parteiapparaten. Gegenwärtig stecken besonders große Volksparteien weithin in der Krise. Die bekannten gesellschaftlichen Großtrends wie Tertiarisierung, Säkularisierung und Individualisierung tragen ebenso zur abnehmenden Bindungskraft der (Volks-)Parteien bei wie die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts reduzierte Bedeutung von Ideologien und politischen Feindbildern. Hinzu kommen die durch die Globalisierung in großen Bevölkerungsteilen ausgelösten diffusen, politisch schwer bearbeitbaren Ängste. Dies erschwert es zumindest den großen Parteien, die vielfältigen gesellschaftlichen Interessen zu bündeln und zu artikulieren.

Diese Konstellation gibt der Parteienforschung eine Reihe von Fragen auf: Wie reagieren Parteien und ihre Führung auf die veränderte Situation? Welche Strategien, Leitbilder und Instrumente entwickeln sie, um neue und alte Mitglieder und Anhänger zu integrieren? Betrifft die diagnostizierte `Krise der Parteien` nur die großen Volksparteien? Wirken die krisenauslösenden Faktoren also vielleicht in geringerem Maße auf kleinere Parteien? Oder haben letztere erfolgreich neue Strategien der Integration entwickelt? Stehen schließlich neue Parteytypen wie z.B. Kartellparteien oder populistische Parteien für spezifische Integrationsmuster? Wie beeinflussen die Bedingungen des politischen Wettbewerbs und der Mediengesellschaften die Integrationsstrategien von Parteien? Gibt es markante Unterschiede in den Problemlagen und Antworten zwischen Parteien in alten und jungen Demokratien? Diese und ähnliche Fragen sollen in länderspezifischen Fallstudien oder in vergleichender Perspektive (auch über den Bereich der etablierten westlichen Demokratien hinaus in Bezug auf Transformationsstaaten oder sich entwickelnde Staaten in Afrika) diskutiert werden.

P12. Integration und Demokratie

Organisatoren

Michael Stoiber, Universität Mannheim, mstoiber@mail.uni-mannheim.de

David Campbell, Universität Klagenfurt, David.Campbell@uni-klu.ac.at

Marc Bühlmann, Zentrum für Demokratie Aarau, marc.buehlmann@zda.uzh.ch

Kai-Uwe Schnapp, Universität Hamburg, kai-uwe.schnapp@uni-hamburg.de

Beschreibung

Die zentrale Frage des Workshops „Integration und Demokratie“ zielt auf die Bedeutung politischer und gesellschaftlicher Integration für die Funktionsfähigkeit und die Qualität von Demokratien. Wie wirken politische und gesellschaftliche Integration auf die politische Stabilität und demokratische Qualität von Staaten und wie wichtig sind sie damit als eine Grundvoraussetzung für Demokratie? Die damit adressierten inhaltliche Aspekte betreffen die Komplexe Staatsbürgerschaft und politische Rechte für Nichtstaatsbürger, den Umgang mit Minderheiten und die Frage nach gesonderten politischen Rechte für Minderheiten, den Zusammenhang von gesellschaftlicher und politischer Integration (Stichwort Chancengleichheit) und die institutionelle Ausgestaltung von Integrationspolitiken. Überlagert werden diese Komplexe von zwei Fragen: Wie wirken sich zunehmende Transnationalisierung und Globalisierung auf jene aus und in welchem Zusammenhang stehen die Komplexe mit politischer Stabilität und demokratischer Qualität? Einen ersten theoretischen Hintergrund für die Debatte bietet die Kongruenzbedingung der Demokratie an, die eine Übereinstimmung zwischen den von einer Entscheidung Betroffenen und denjenigen, die an der Entscheidung beteiligt sind, verlangt. Denn in Zeiten zunehmender Migrationsströme und Transnationalisierung der Politik wird die Kongruenzbedingung innerhalb des klassischen Nationalstaates zunehmend herausgefordert. Den zweiten theoretischen Bezugspunkt bildet die Gleichheits- und Gerechtigkeitsdebatte: inwiefern gefährdet eine zunehmende Ungleichheit und mangelnde politische Chancengleichheit die politische Stabilität und reduziert gleichzeitig die demokratische Qualität eines Staates?

Dem gesamten Themenkomplex möchten wir uns im Workshop aus drei unterschiedlichen Perspektiven theoretisch, methodisch und empirisch nähern. Die geplanten Beiträge sollen zumindest eine dieser drei einnehmen:

(1) Theoretische und konzeptionelle Beiträge sollen sich damit auseinandersetzen, wie die Verbindung zwischen gesellschaftlicher und politischer Integration auf der einen sowie politischer Stabilität und demokratischer Qualität auf der anderen Seite ausgestaltet ist. Welche Formen gesellschaftlicher und politischer Integration können als notwendige Bedingungen für politische Stabilität und/oder eine gehaltvolle demokratische Qualität gelten? Besondere Aufmerksamkeit kann der Verknüpfung der individuellen Ebene des Bürgers mit der Makroebene (Staat / Demokratie) geschenkt werden.

(2) Einen eigenständigen Fokus stellen die Effekte transnationaler Prozesse und der Globalisierung dar. Wie beeinflussen diese sowohl die Realität und Ausgestaltung gesellschaftlicher und politischer Integration als auch deren Wirkung auf politische Stabilität und demokratische Qualität?

(3) Empirisch und methodisch orientierte Beiträge sollen thematisieren, wie der postulierte Zusammenhang modelliert und gemessen werden kann. Wie kann man das Ausmaß oder den Erfolg von Integration, politischer Stabilität und demokratischer

Qualität erfassen? Welches sind die methodischen Herausforderungen und mögliche Lösungen in der Analyse von Demokratie und Integration? In der Anwendung sind Analysen sowohl der klassischen, etablierten Demokratien als auch von Staaten in der Transformations- und Konsolidierungsphase, aber auch von Ländern in Phasen der demokratischen Regression willkommen.

P13. Migration und Integration: Inklusions-/Exklusionspolitiken

Organisatoren

Can Aybek, Universität Siegen, aybek@politikwissenschaft.uni-siegen.de

Gianni D'Amato, Universität Neuenburg, gianni.damato@unine.ch

Marc Helbling, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, helbling@wzb.eu

Sieglinde Rosenberger, Universität Wien, sieglinde.rosenberger@univie.ac.at

Beschreibung

Dieser Workshop befasst sich mit den Politiken, Mechanismen und Prozessen der Inklusion und Exklusion, wobei der Fokus im thematischen Feld der Migration bzw. Integration liegt. Die Frage der Inklusion bzw. der Exklusion von Migranten und Migrantinnen stellt sich sowohl in der Gesellschaft als auch im politischen System. Die Inklusion der Migranten und Migrantinnen wird durch politische Maßnahmen begünstigt, die den Betroffenen einen besseren Zugang zum politischen System bzw. zur Gesellschaft gewähren. Es kommt zur Exklusion, wenn Maßnahmen direkt oder indirekt diskriminierend wirken und damit die Chancenungleichheit in der Gesellschaft verfestigen. Das Dilemma der Inklusion vs. Exklusion charakterisiert die Formulierung der Migrations- und Integrationspolitik auf allen Ebenen (lokal, national, europäisch und international). Die Mechanismen finden ihren Ausdruck in den Diskursen, Strategien und Praxen relevanter Akteure und in den Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung. Des Weiteren haben sie einen Einfluss auf die Repräsentation in Institutionen und Organisationen und in der politischen Umsetzung normativer sowie theoretischer Konzepte, z.B. Staatsbürgerschaft.

So soll in diesem Workshop der Frage nachgegangen werden, wie stark Immigranten politisch integriert sind. Welche Formen politischer Integration gibt es? Welche Unterschiede zwischen Länder gibt es und wie können diese erklärt werden? Dabei geht es sowohl um Wahl- und Abstimmungsrechte wie auch um das Wahlverhalten von Immigranten und Eingebürgerten, Teilnahme an anderen politischen Aktivitäten (Protest, Parteiarbeit, Mitgliedschaft in NGOs etc.) und transnationale Mobilisierung. Da darüber hinaus die Exklusions- und Inklusionsdynamiken von verschiedenen theoretischen und methodologischen Standpunkten beleuchtet werden können, richtet sich dieser Call an ein breites Publikum. Es ist uns ein Anliegen, dass Beiträge mit einer empirischen sowie mit einer theoretisch-konzeptionellen Ausrichtung vorgestellt werden, da beide Vorgehensweisen wichtige Erkenntnisse liefern können. Wir freuen uns sowohl über Beiträge, die vergleichend arbeiten, als auch über Fallstudien, die sich mit der Umsetzung der Integrations- und Migrationspolitik im Einzelfall befassen. Bei den empirischen Analysen scheint es uns wichtig, dass Differenzachsen wie Schicht, Geschlecht, Ethnizität und Religion berücksichtigt werden. Einen besonderen Fokus möchten wir auf Fragen der Umsetzung in der Praxis und des Zugangs legen, da in diesem Stadium die Ein- bzw. Ausschlussmechanismen am stärksten zum Tragen kommen. Für die Analyse der Ein- und Ausschlussdynamiken eignen sich Beiträge besonders gut, die mit einem Mehrebenen- oder Governance Ansatz arbeiten.

P14. Politische Integration von Wirtschaftsakteuren in Global Governance

Organisatoren

Andrea Iff, swisspeace, Universität Basel, andrea.iff@swisspeace.ch

Anne Flohr, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, flohr@hsfk.de

Melanie Zimmer, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, zimmer@hsfk.de

Beschreibung

Im Mittelpunkt des Workshops steht die Analyse der Integration von Wirtschaftsakteuren in transnationale Governance-Prozesse. Transnational agierende Wirtschaftsakteure werden vermehrt in Prozesse des Regierens auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene einbezogen und in der Global Governance-Forschung zunehmend nicht nur als Problemverursacher, sondern auch als politische Akteure untersucht, die helfen können, Steuerungslücken (zwischen-) staatlichen Regierens zu schließen. Von Interesse sind damit sowohl Formen der öffentlich-privaten Ko-Regulierung als auch gesellschaftliche Selbstregulierungsinitiativen. Die zunehmende Verbreitung solcher Regulierungsformen, insbesondere auch in Kontexten schwacher Staatlichkeit außerhalb der OECD-Welt, wirft unter anderem die Frage auf, ob Regieren unter privater Beteiligung zu politischen Integrationsprozessen im Sinne von Staatenbildung und -reform beitragen oder diese durch Desintegration gefährden kann.

Die Organisatorinnen begrüßen alle Beiträge, die die Thematik kausalanalytisch, normativ oder kritisch beleuchten, ob aus Akteurs- oder eher struktureller Perspektive. Es sind Beiträge zu Governance-Prozessen auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene willkommen. Neben Fragen nach dem Aufkommen von öffentlich-privaten Governance-Prozessen, der Beteiligung von Unternehmen daran sowie normativen Fragen nach der demokratischen Legitimität soll ein besonderer Schwerpunkt des Workshops auf die Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen gelegt werden.

P15. „Die Governance der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik“

Organisatorinnen

Silke Bothfeld, Hochschule Bremen, silke.bothfeld@hs-bremen.de

Gesine Fuchs, Universität Zürich, NCCR Democracy, post@gesine-fuchs.net

Beschreibung

Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ist eines der ältesten Anliegen gesellschaftlicher Integrationsprozesse in den westlichen Industriegesellschaften. Ausgelöst durch den politischen Einfluss von Frauenbewegungen, der Notwendigkeit der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien (resp. selektiven autonomen Nachvollzugs) und politischer Impulse in der internationalen Arena wurden entsprechende Politiken zur rechtlichen und faktischen Gleichstellung der Geschlechter sowie neuerdings breitere Antidiskriminierungsstrategien in den letzten 25 Jahren institutionalisiert. In den EU-Mitgliedstaaten zeigt gerade die Umsetzung der EU-Richtlinien zu Gleichstellung und Antidiskriminierung mit den verschiedenen „worlds of compliance, dass in der Praxis eine Vielfalt von Policy Regimen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Hinblick auf die Verbindlichkeit, Reichweite und Grad der Ausdifferenzierung der jeweiligen Instrumente entstanden ist. Ähnliches gilt für die OECD-Welt.

Die Beiträge des Workshops sollen sich der Analyse von Governanceformen in den verschiedenen Teilbereichen der Gleichstellung (Arbeitsmarkt, Familie, Gewalt, Medien und weitere) widmen. Daher wünschen wir uns Beiträge zu drei Fragekomplexen:

- In der Politics-Perspektive interessiert uns erstens die **Analyse der Gründe für die Entwicklung von Gleichstellungspolitik**, wobei anzunehmen ist, dass Wert- und Normvorstellungen in einer Gesellschaft als Handlungskontext der Akteure ein zentraler Stellenwert zukommt. Besonders wichtig ist die Frage, inwiefern Impulse von aussen, etwa durch Rechtangleichung oder grenzüberschreitende Zusammenarbeit, einen Wandel auf der nationalen Ebene auslösen oder aber mit bestehenden Strukturen konfliktieren.
- Zweitens erbitten wir Beiträge, die sich der **Analyse bestehender gleichstellungspolitischer Regime** (Institutionelle Strukturen, Instrumente) widmen und hieraus generellere Anforderungen an ein kohärentes und konsistentes Gleichstellungsregime abzuleiten suchen. Denkbar wären hier Beiträge, die sich gleichstellungspolitischen Institutionen und deren Wandel auf der nationalen und regionalen/lokalen Ebene oder dem Zusammenspiel gleichstellungspolitischer Instrumente in ausgewählten Bereichen (z.B. Lohngleichheit) widmen.
- Drittens ist ebenfalls von Interesse, herauszuarbeiten, welchen Stand wir im Hinblick auf die **Effektivität von gleichstellungspolitischen Governances** erreicht haben: Welche Policies erweisen sich ex-post in evaluatischem Rückblick als besonders effektiv, wo zeichnen sich hingegen Implementations- und Wirkungsdefizite ab?

P16. "Inequality and Representation in Europe"

OrganisatorInnen

Kathrin Kissau, Swiss Centre of Expertise in the Social Sciences FORS, University of Lausanne, kathrin.kissau@fors.unil.ch

Zoe Lefkofridi, Department of Methods in the Social Sciences, University of Vienna, zoe.lefkofridi@univie.ac.at

Beschreibung

There is inherent tension in representative democracies because democracy and representation are difficult to reconcile (Pitkin 2004; Thomassen 1994). In theory, representative democracy is premised on the notion that every citizen has an equal voice and representatives are themselves equally responsive (Powell 2009; Bartels 2008). Yet, in the real world, policy priorities and positions of representatives do not always mirror all citizens' views, thus leading to inequalities of representation or "representation gaps" (Whitefield 2006). More specifically, institutional structures (e.g. electoral systems, size of government) may discriminate against certain societal groups (e.g. women, migrants and ethnic minorities) and their interests. Unequal representation may also result from citizens' behavior (e.g. party membership, political interest) or other individual-level factors that influence this behavior (e.g. education, age, rural/urban residence). Inequality in representation, however, contrasts sharply with the principles of a fully democratic society, where all members have equal rights, freedoms and opportunities, with no artificial restrictions hindering the attainment of such goals (Stockemer 2007).

The topic of political inequality has been recurrent in American representation research but analysis of existing inequalities in Europe is still at its beginning. In our view, Europe constitutes an ideal laboratory for this type of research, precisely due to the variation it comprises with regard to factors affecting inequality. Therefore, the purpose of this workshop is to bring together and connect the scattered European research within this field. We welcome papers addressing inequalities in the representation of citizens or political interests on a regional, national or EU-level and their causes (i.e. individual behavior/institutional framework). This workshop will particularly focus on:

1. Inequalities on the national level:

To what extent do inequalities of representation exist in European societies and how do countries differ in this respect? Do institutional structures and/or individual-level factors (e.g. socio-demographic/behavioural) amplify these differences?

2. Inequalities on the EU level:

Are political interests or citizens represented equally on the EU level (e.g. in the European Parliament)? What explains variation (e.g. across societal groups/parties/countries)? To what extent is European integration affected by unequal representation?

3. Measurement of inequality:

How can unequal representation be measured (most) accurately? Which methodological challenges do researchers assessing political (in)equality face?

The workshop will be held in English

References:

- Bartels, L. 2008: *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton.
- Pitkin, H. F. 2004: Democracy and Representation: An uneasy alliance. *Skandinavian Political Studies* 27/ 3: 335-342.
- Powell, G.B. 2004: Political Representation in Comparative Politics. *Annual Review of Political Science* 273
- Stockemer, D. 2007: Why are there Differences in the Political Representation of Women in the 27 Countries of the European Union? *Perspectives on European Politics and Society* 8/4: 476-493.
- Thomassen, J. 1994: Empirical Research into Political Representation: Failing Democracy or Failing Models? In: Jennings, M. K. and Mann, E. Th. *Elections at Home and Abroad, Essays in Honour of J. Warren Miller*. Michigan: The University of Michigan Press.
- Whitefield, S. 2006: Mind the Representation Gap: Explaining Differences in Public Views of Representation in Postcommunist Democracies. *Comparative Political Studies* 39/6, 733-758.

P17. Blame avoidance, blame sharing und die Reaktion der Wähler auf sozialpolitische Reformen

Organisatoren

Giger, Nathalie, Universität Mannheim, Deutschland, nathalie.giger@mzes.uni-mannheim.de

Nelson, Moira, Universität Bern, Schweiz, moira.nelson@ipw.unibe.ch

Hübscher, Evelyne, Universität Wien, Österreich, evelyne.huebscher@ihs.ac.at

Beschreibung

Wirtschaftliche und demographische Änderungen fordern Reformen des Wohlfahrtsstaates und diese Reformen beinhalten Gewinne und Verluste für verschiedene Gruppen in der Gesellschaft. Weiter ist die genaue Form solcher Reformen nicht vordefiniert sondern von der Organisation und politischer Fähigkeit verschiedener Akteuren, insbesondere des politischen Supports der Bevölkerung abhängig. Besonders die Regierungstrategien zur Implementierung solcher Reformen hat die Politikwissenschaft seit längerem beschäftigt. Zentral ist dabei die These von Paul Pierson (), die besagt, dass der Abbau sozialstaatlicher Leistungen grundsätzlich unpopulär ist und deshalb zu potentiell grossen Verlusten der Regierungsparteien führt und deshalb die Parteien in ihrer Handlungsfähigkeit einschränken (siehe z. B.). Deshalb wenden die Regierungen Strategien an, um einen solchen Wählerverlust zu umgehen, sogenannte Blame Avoidance Strategien. Die Palette solcher Blame Avoidance Strategien ist gross und wird laufend erweitert (siehe z.B.). Ein Schwachpunkt solcher Studien ist jedoch, dass sie die wahlrelevanten Konsequenzen nur annehmen und nicht explizit testen. Diese etwas andere Perspektive nehmen Studien ein, die sich seit kurzem mit den tatsächlich existierenden elektoralen Konsequenzen von Sozialstaatabbau beschäftigen und dabei wenig Hinweise auf starke Verluste der Regierung oder einzelnen Parteien finden (). Während diese Studien gewisse Bedingungen formulieren unter denen ein Verlust (oder ein Gewinn) zu erwarten ist, legen sie doch wenig Gewicht auf die Strategien der Regierung, also darauf, ob Blame Avoidance Strategien angewendet worden sind, ob diese erfolgreich waren und weswegen genau eine Bestrafung stattgefunden hat. Welche Wählerschaften sind zum Beispiel genau verantwortlich für die Bestrafung, welche Bürger bestrafen ihre Regierung nicht für sozialpolitische Reformen und weswegen?

Das Ziel dieses Workshops ist es, diese zwei Literaturstränge näher zusammenzubringen um ein vollständigeres und umfassenderes Bild des Umfeldes und des Erfolges sozialpolitischer Reformen zu bekommen. Dabei sollen insbesondere die Rolle der Wähler und ihrer Interessen im Mittelpunkt stehen und die Strategien mit denen die regierenden Parteien darauf reagieren. Es sind dabei sowohl Papiere willkommen, die sich in vergleichender Perspektive verschiedene Reformen anschauen als auch Fallstudien, die einzelne Reformen und die Reaktion der Bürger darauf genauer betrachten.

Referenzen

Armingeon, K. & Giger, N. (2008) Conditional Punishment. A comparative analysis of the electoral consequences of welfare state retrenchment in OECD nations, 1980-2003. *West European Politics*, 31, 558 - 580.

Giger, N. & Nelson, M. (2010) The electoral consequences of welfare state

retrenchment: Blame avoidance or credit claiming in the era of permanent austerity?
European Journal of Political Research.

Hering, M. (2008) Welfare State Restructuring without Grand Coalitions: The Role of Informal Cooperation in Blame Avoidance. *German Politics*, 17.

Huebscher, E. (2009) The Impact of Government Partisanship on Various Dimensions of Social Policy-Making in Open Economies. EUI.

Petring, A. (2009) Reformen in Wohlfahrtsstaaten. Akteure, Institutionen, Konstellationen, Wiesbaden, VS Verlag.

Pierson, P. (1994) Dismantling the welfare state? : Reagan, Thatcher, and the politics of retrenchment, Cambridge, University Press.

Pierson, P. (1996) The New Politics of the Welfare State. *World Politics*, 48, 143-179.

Schumacher, G., Vis, B. & Kersbergen, K. v. (2010) Party's Welfare Image, Electoral Punishment and Welfare State Retrenchment. ECPR Joint Sessions. Münster.

P18. Politische Integration, Arbeitslosigkeit und Prekariat

Organisatoren

Marco Giugni, Universität Genf, Marco.Giugni@unige.ch

Christian Lahusen, Universität Siegen, lahusen@fb1.uni-siegen.de

Beschreibung

Arbeitslosigkeit gilt als ein gesellschaftliches Problem mit nachteiligen Folgen für ein demokratisches Gemeinwesen: Sie untergräbt die gesellschaftliche und politische Teilhabe der betroffenen Bürgerschaft und mindert soziales Kapital, sie trägt zu Fatalismus oder Radikalismus bei und vertieft Finanzierungsprobleme des Sozialstaats. Die politische Integration Arbeitsloser gehört aus diesen Gründen zu den zentralen Zielen der meisten demokratischen Wohlfahrtsstaaten. Vor allem in der Europäischen Union bemühen sich die Mitgliedsstaaten um ein koordiniertes Vorgehen, das nicht nur die Beschäftigungsperspektiven für die europäischen Bürger verbessern möchte, sondern auch Ziele der Steigerung sozialer Kohäsion und gesellschaftlicher Teilhabe verfolgt.

Der vorliegende, englischsprachige Workshop möchte sich dieser Thematik annehmen. Dabei soll es nicht nur um Arbeitslosigkeit im engeren Sinne gehen, denn die sozialwissenschaftliche Forschung hat in den letzten Jahren Prozesse der Prekarisierung beschrieben, die zum Teil mit Erwerbslosigkeit zusammenhängen, aber auch neue Formen der Exklusion und Marginalisierung erzeugen. Noch weitgehend unklar ist aber, ob dieses Prekariat von gesellschaftlicher und politischer Exklusion ebenfalls bedroht ist. Des Weiteren soll die Thematik im europäischen Kontext diskutiert werden. Das impliziert zum einen den Vergleich verschiedener europäischer Mitgliedsländer, zum anderen die Berücksichtigung EUropäischer Initiativen und Strategien. Dabei soll diskutiert werden, welche Chancen der politischen Integration verschiedene politische Systeme mit ihren spezifischen *welfare-*, *gender-* und *employment regimes* bieten. Schließlich soll die Problematik der politischen Integration auch in Bezug auf die lokale Ebene diskutiert werden, um den Einfluss des politischen Umfeldes (‚lokaler Wohlfahrtsstaat‘, Demokratie, Zivilgesellschaft und soziales Kapital) auf die Integration der Betroffenen vor Ort zu erörtern. Abstracts von ca. einer Seite Länge werden auf englischer Sprache erbeten.

P19. Integrating the (Rebel) Margins. War, peace and the making of statehood in Africa

Organisatoren

Dr. Didier Péclard, swisspeace, Bern, didier.peclard@swisspeace.ch

Dr. Denis Tull, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Denis.Tull@swp-berlin.org

Beschreibung

In the history of postcolonial states in Africa, the relationship between the (political) centre and the (social and geographical) margins has been an issue of major concern and great political salience. In the first years and decades after independence, many states have had to respond to centrifugal pressure or even to face secessionist demands. And after the end of the Cold War in particular, the central authority of the state has been contested in a number of countries by armed rebel movements striving for power. The lack of political integration in many African countries, and in particular violent contestation of central state power, has often been seen as the result or the expression of state 'fragility' or even 'failure'. Outside interventions in the name of post-conflict state reconstruction (by the UN, the European Union, the African Union or African sub-regional organisations) have also generally been conceived as (quick-)fixes to purported state weaknesses. The workshop suggests to critically engage with such views by setting the question of political integration in the wider context of state formation processes in Africa.

The workshop will focus on two main issues: (1) The role of violent conflicts and civil wars in long-term dynamics of state formation, or violent conflict as a means of negotiating political integration rather than as a mere expression of political disintegration. (2) A critical appraisal of the 'tools' promoted by the international community as ways to achieve better and deeper social, political and regional integration in the context of post-conflict interventions (mediation models and types of peace agreements, DDR programmes, democratisation, elections, decentralisation, etc.). The workshop will be open to a maximum of 12 communications. It will focus primarily on Africa, but the convenors welcome contribution on other non-OECD countries.

P20. "Legitimationspraktiken als Integrationspolitik"

Organisatoren

Frank Nullmeier, Universität Bremen, Frank.Nullmeier@gmx.de
Joachim Blatter (Universität Luzern), joachim.blatter@unilu.ch

Beschreibung

In diesem Panel sollen kommunikative und performative Praktiken der Rechtfertigung und Kritik von politischen Ordnungen als spezifische Formen politischer Interaktion beschrieben, typologisch verortet und ihre Wirkung analysiert werden. Unter Legitimationspraktiken werden dabei alltägliche und kleinteilige institutionelle Routinen ebenso verstanden wie die großen symbolischen Akte der Selbstpräsentation etwa anlässlich von Amtseinführungen, nationalen Feiertagen und ähnlichen politischen Ritualen. Wie greifen diese Formen ineinander? Welche inhärenten Formen der Rechtfertigung weisen bestimmte Praktiken auf? Und lässt sich Kritik mit beliebigen Praktiken verbinden oder bedarf es differenter Praktiken der Delegitimation? Legitimationspraktiken sind fester Bestandteil nationalstaatlicher politischer Ordnungen. Sie erscheinen aber heute dort besonders relevant, wo sich geschlossene politische Systeme in neuartigen Governance-Strukturen auflösen und inter- oder supranationale Regimes mit nationalstaatlichen und privaten Institutionen und Akteuren in der Erbringung von Herrschaftsleistungen zusammenwirken. Führt diese Transnationalisierung und Entstaatlichung der Legitimationsfrage zu veränderten Legitimationspraktiken? Oder liegen hier nur Varianten bekannter Praktiken vor? Schließlich ist zu fragen, wovon der Erfolg von Legitimationspraktiken abhängt und wie dieser überhaupt festgestellt werden kann. Wie tragen Legitimationspraktiken zur Integration bei und in welchem Maße schaffen sie nur den Schein einer Integration? Können sich Legitimationspraktiken zu strategisch angelegten Legitimationspolitiken verdichten? Bildet sich hier geradezu ein neues Politikfeld „Legitimationspolitik“ heraus?

Das Panel ist offen für politik- und auch soziologische, wirtschafts- oder kommunikationswissenschaftliche Beiträge. Als Gegenstandsfelder kommen daher sowohl vergleichende oder Einzelfallstudien zu Legitimationspraktiken in Nationalstaaten und in internationalen Regimes wie der EU, der G8 oder der UNO in Betracht als auch Analysen zu (De-)Legitimationspraktiken verschiedener Akteursgruppen, seien es die politischen Eliten selbst, wirtschaftliche Akteure oder auch soziale Protestbewegungen mit ihren Delegitimationspraktiken.

P21. Politische Partizipation jenseits der Konventionen

Organisatoren

PD Dr. Dorothee de Nève, FernUniversität Hagen/Institut für Politikwissenschaft,
mail@deneve.de

Mag.a Tina Olteanu, Universität Wien/Institut für Politikwissenschaft,
tina.olteanu@univie.ac.at

Beschreibung

Spätestens seit den 1990er-Jahren sind in sämtlichen konsolidierten Demokratien, in Bezug auf etablierte Partizipationsformen, Krisensymptome wie sinkende Wahlbeteiligung, geringes Vertrauen in pol. Institutionen, Mitgliederschwund etc. erkennbar. Inzwischen haben sich selbst die Hoffnungen, die Zivilgesellschaft könnte die Krise der konventionellen Partizipation ausgleichen oder zumindest abmildern, weitestgehend zerschlagen. Diese Partizipationsdefizite können einerseits als eine Gefahr für die Qualität der Demokratie wahrgenommen werden. Andererseits kann die Krise der Partizipation vor dem Hintergrund neuer Partizipationsformen auch als partikulares Phänomen interpretiert werden, die die Grenzen der Konventionen verschieben und für neue/andere Formen der politischen Teilhabe Inklusionspotentiale und Gestaltungsspielräume schaffen. Von besonderem Interesse sind in diesem Kontext, Graffiti, soziale Netzwerke im Internet, Web 2.0, LeserInnenbriefe/postings und Blogs.

Das Ziel des Workshops ist es, aus einer vergleichenden Perspektive die Potenziale neuer Partizipationsformen in konsolidierten Demokratien, Transformationsprozessen bzw. autoritären Systemen zu erörtern. Konkret sind empirische Beiträge zu folgenden drei Themenschwerpunkte gewünscht:

1. Funktionen neuer Partizipationsformen in etablierten Demokratien, Transformationsprozessen und autoritären Systemen
2. Effekte unterschiedlicher Partizipationskulturen und -angebote auf das konkrete Partizipationsverhalten der BürgerInnen
3. Interdependenzen zwischen sozialem Engagement, neuen Partizipationsformen und/oder etablierten Partizipationsformen

P22. Demokratie im europäischen Integrationsprozess

Organisatoren

Sandra Lavenex, Universität Luzern, sandra.lavenex@unilu.ch

Andrea Lenschow, Universität Osnabrück, alenscho@uni-osnabrueck.de

Beschreibung

We invite papers dealing with the conceptualization and empirical investigation of democratic institutions and political identities in the process of European integration. On the one hand, we want to investigate conceptions of the European demos / EU demoi and representations of EU democracy in national discourses by political parties, in national parliaments, and in the media. The goal is to analyze the emerging cleavage between different conceptions of European identity and demos, as well as the diverging definitions of the institutional structure that follow. On the one hand, we seek to highlight the different conceptions of democracy promoted in public discourses, identify the groups of actors promoting these different conceptions, scrutinize the role that media play in these processes, and help to specify the scope for emerging common political identities across European member states. On the other hand, the workshop deals with the specific institutional configuration of democracy in the EU multilevel polity. We invite papers analyzing chains of accountability / participation / information across political institutions in the EU's multilevel polity and the potential contribution of these patterns to democracy.